

N

NACHRICHTEN

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch

BERN

Bund rechnet mit Verdoppelung der Asylkosten bis 2018

Die Schweiz rechnet wegen der Flüchtlingskrise in den nächsten Jahren mit steigenden Kosten. Der Bund hat für 2018 fast 2,4 Milliarden Franken für den Bereich Migration veranschlagt. Für 2015 waren im Voranschlag noch etwa 1,2 Milliarden Franken vorgesehen. Bei den Asylzahlen gehe der Bund für dieses Jahr «im Moment und bei grosser Unsicherheit» wieder von 40 000 Asylsuchenden aus. (sda)

PARIS

Proteste gegen Hollandes Arbeitsmarktreform

Nach dem Scheitern der zur Terrorbekämpfung angestrebten Verfassungsänderung am Mittwoch hat Frankreichs Staatschef François Hollande gestern die Wut vieler Franzosen über eine geplante Arbeitsmarktreform zu spüren bekommen. Landesweit protestierten rund 200 000 Menschen gegen die geplante Lockerung des Arbeitsrechts, mit der Hollande die Arbeitslosigkeit bekämpfen will. Vereinzelt kam es dabei auch zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und militanten Teilnehmern. (sda)

LONDON

Irakisch-britische Architektin Zaha Hadid ist gestorben



Bild Keystone

Die irakisch-britische Stararchitektin Zaha Hadid ist tot. Sie erlag gestern überraschend in Miami in den USA im Alter von 65 Jahren einem Herzinfarkt, wie ihr Architekturbüro in London mitteilte. Hadid entwarf unter anderem das Olympische Schwimstadion in London, das Nationalmuseum für moderne Kunst in Rom sowie das Rosenthal-Center für Gegenwartskunst in Cincinnati (USA). (sda)

BERN

Von der «Südostschweiz» geht es nun zum Bund

Gieri Cavetty, ehemaliger Bundeshausredaktor der «Südostschweiz», wird Kommunikationschef beim Staatssekretariat für Migration. Der 39-jährige Bündner tritt spätestens am 1. Oktober die Nachfolge von Gaby Szöllösy an, die seit dem 1. März Generalsekretärin der Konferenz der kantonalen Sozialdirektoren ist. Cavetty war lange Jahre beim «Bündner Tagblatt» und bei der «Südostschweiz» tätig und ist derzeit Leiter der Mantelredaktion und stellvertretender Chefredaktor der «Aargauer Zeitung». (so/sda)

Auf dem Laufenden bleiben

Über die Kanäle der Südostschweiz sind Sie stets gut informiert.



Online
suedostschweiz.ch



Facebook
Zeitung Südostschweiz



Twitter
@suedostschweiz



Instagram
so_bildredaktion



Jung als Trumpf: Die Jungen Grünliberalen präsentieren ihr Parteiprogramm.

Bild Peter Schneider/Keystone

Auf der Jagd nach jungen Wählerstimmen

Die Grünliberalen haben eine neue Jungpartei. Wie schon Operation Libero setzt die JGLP stark auf Social Media. Steuermann der Partei ist der Glarner Pascal Vuichard.

von Jonas Schmid

Minus fünf Sitze. Der Aderlass der Grünliberalen bei den letztjährigen Nationalratswahlen war enorm. Anders die Jungen in den Reihen der Partei: Sie holten acht Prozent der GLP-Wählerstimmen, womit sie ein respektables Resultat erzielten. In Zürich und Luzern schlangen ihre Listen im Kreise der Jungparteien gar obenaus. Nun treten die Jungen Grünliberalen, die bisher erst als loses Netzwerk organisiert sind, aus dem Schatten ihrer Mutterpartei: Sie gründen ihre eigenen Strukturen.

«In den letzten Jahren sind viele junge Mitglieder der GLP beigetreten», sagt Pascal Vuichard. «Über ein Drittel der GLP-Wähler ist unter 35 Jahre alt.» Ihre Anliegen wolle man vertreten. Die JGLP setze sich als einzige Jungpartei konsequent für eine liberale Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ein. Richtschnur ihrer Politik sei die wirtschaftliche und soziale Nachhaltigkeit sowie das Umweltbewusstsein. Als wichtigstes Dossier seiner Partei in naher Zukunft bezeichnet Vuichard die Sicherung der Altersvorsorge. Stichwort: Generationengerechtigkeit. Ob damit auch das Rentenalter 67 einhergehe, liess Vuichard gestern noch offen. Augenfällig ist, wie sich die

Positionen der JGLP mit denjenigen von Operation Libero decken. Die liberale Plattform hatte zuletzt mit ihrer Kampagne gegen die Durchsetzungsinitiative schweizweit für Furore gesorgt.

Tatsächlich arbeite man eng mit den Libereros zusammen, bemerkte Vuichard. So beim Widerstand gegen das neue Bundesgesetz zur Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (Büpf), wo die Jungen Grünliberalen im Referendumskomitee sitzen.

Gegner der Mutterpartei beim Büpf

Auch die Jungen Grünliberalen bezeichnen sich als technikaffin. Sie wollen hauptsächlich über Social Media mobilisieren. Im Gegensatz zu den Libereros, die sich auf die Kampagnenarbeit fokussieren, wolle man aber in die Parlamente einmarschieren, sagte Vuichard. Da-

zu fordern die Jungen von der Mutterpartei hohe Listenplätze ein. Deren Präsident Martin Bäumle erachtet die Parteigründung der Jungen als grossen Gewinn für die GLP, «auch wenn die Jungen wie beim Büpf andere Positionen vertreten als wir». Langfristig sei die GLP aber auf der Suche nach neuen Köpfen. Mit Vuichard ist Bäumle bereits fündig geworden. Der 27-jährige Glarner, der die kantonale Parteisektion präsidiert, wird den Delegierten als neuer Vize-Präsident vorgeschlagen. Zusammen mit der Bernerin Salome Mathys, die beruflich im Asylwesen des Kantons Graubünden tätig ist, übernimmt Vuichard das Co-Präsidium der JGLP. Ausser in Schaffhausen und im Tessin ist die JGLP in allen Kantonen aktiv, in denen auch die GLP vertreten ist.

Obschon das Berggebiet nicht zum Stammland der Grünliberalen gehört, sieht Vuichard hier grosses Potenzial. In Glarus Nord habe man im letzten Oktober 7,5 Prozent der Wählerstimmen geholt. Thematisch punkten wolle man beim Erhalt der Kulturlandschaft. «Wir spüren den Siedlungsdruck aus Zürich.» Es werde viel, aber nicht intelligent gebaut. Beim Verkehr wolle die JGLP die Elektromobilität fördern, da mit dem ÖV schlecht erschlossene Bergtäler auf den Individualverkehr angewiesen seien. Offiziell gegründet wird die JGLP am 23. April in Luzern.

«In den letzten Jahren sind viele junge Mitglieder der GLP beigetreten.»

Pascal Vuichard
Co-Präsident der JGLP

Markwalder blitzt mit Anzeige ab

Bundesanwaltschaft stellt ein von FDP-Politikerin Christa Markwalder angestregtes Verfahren ein.

von Dennis Bühler

Elf Monate nach der Affäre um den Kasachstan-Vorstoss der Berner FDP-Nationalrätin Christa Markwalder ist die letzte juristische Frage geklärt: Staatsanwalt Vincens Nold hat entschieden, das nach Markwalders Anzeige wegen versuchter Erpressung und Nötigung eingeleitete Verfahren einzustellen. Dies geht aus der Einstellungsverfügung vom 22. März hervor, die der «Südostschweiz» vorliegt.

Markwalder hatte im vergangenen Juni Anzeige gegen einen Mann erstattet, der ihr in einem E-Mail gedroht hatte, Informationen, die sie lieber nicht veröffentlicht sähe, publik zu machen. Es stelle sich die Frage, welchen Preis man zu zahlen bereit sei, damit nichts an die Öffentlichkeit gelange. Beim E-Mail-Schreiber handelte es sich gemäss «Schweiz

am Sonntag» um eine von zwei Personen, die gegen Markwalder Strafanzeige wegen angeblicher Amtsheimnisverletzung und politischem Nachrichtendienst erstatteten.

Bundeskasse trägt Verfahrenskosten

In einer im Januar schriftlichen durchgeführten Einvernahme habe der Mann «glaubwürdig dargelegt, dass er Christa Markwalder weder erpressen noch nötigen wollte», heisst es in der Einstellungsverfügung der Bundesanwaltschaft. Weil dem Mann durch das Strafverfahren keine Kosten entstanden, wird auf eine Entschädigungs- oder Genugtuungszahlung verzichtet. Die Verfahrenskosten von 550 Franken trägt die Bundeskasse. Noch ist die Verfügung nicht rechtskräftig. Markwalder könnte noch bis heute Abend Beschwerde einreichen. Die Bundesanwaltschaft will deshalb

auch keine Stellung nehmen: «Die Untersuchungen befinden sich in der Schlussphase», sagt Sprecherin Nathalie Guth bloss.

Markwalder zeigt sich auf Anfrage enttäuscht, aber nicht überrascht vom Entscheid: «Ich nehme die Einstellungsverfügung zur Kenntnis», sagt sie. «Von der Bundesanwaltschaft überrascht mich gar nichts mehr.» Die Freisinnige, die gegenwärtig als Nationalratspräsidentin höchste Schweizerin ist, hatte sich im Sommer daran gestört, dass die Bundesanwaltschaft bis zuletzt darauf bestand, ein Strafverfahren gegen sie einzuleiten. Im Juli aber entschied erst die zuständige Kommission des Nationalrats, im August dann jene des Ständerates, Markwalders Immunität nicht aufzuheben. Damit wurde der Bundesanwaltschaft die Ermächtigung zur Durchführung eines Strafverfahrens verwehrt.